

Handbuch Aufsichtsrat

Goette / Arnold

3. Auflage 2027
ISBN 978-3-406-83923-8
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Goette/Arnold
Handbuch Aufsichtsrat



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Aufsichtsrat

Herausgegeben von

Professor Dr. Wulf Goette

Vorsitzender Richter am BGH a.D.

Honorarprofessor der Universität Heidelberg

Professor Dr. Michael Arnold

Rechtsanwalt, Stuttgart

Honorarprofessor an der Universität Tübingen

3. Auflage 2026


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:
Goette/Arnold AR-HdB/Bearbeiter § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 83923 8

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 3. Auflage

Gleiss Lutz als eine der renommiertesten, großen deutschen Fullservice-Wirtschaftskanzleien hat ihre jahrzehntelange, tiefgreifende und breitflächige Expertise aus der Beratung aller drei Organe einer deutschen Aktiengesellschaft in der 1. und 2. Auflage des Handbuchs Aufsichtsrat eingebracht und eine umfassende Darstellung aller beim Zusammenwirken der drei Gesellschaftsorgane auftretenden Probleme vorgelegt. Das Buch ist von den Lesern sehr freundlich aufgenommen worden, wie nicht nur in Rezensionen (vgl. zB *Simons ZHR* 2022, 190 ff.), sondern auch an den hohen Klickzahlen bei beck-online deutlich wird; diese Reaktionen zeigen, dass die Erwartung der Herausgeber, der Autoren und des Verlags, das Werk möge Hilfen und Anleitungen vor allem für die mit den praktischen Fragen des Aktienrechts befassten Kreise, ebenso aber Anregungen für die Wissenschaft bieten, in Erfüllung gegangen ist.

Die Entwicklung des Aktienrechts schreitet weiterhin rasend schnell voran: Die Anforderungen an den Aufsichtsrat und seine Mitglieder steigen weiter, die regulatorischen Anforderungen – ein Beispiel ist die Berichterstattung zur Nachhaltigkeit, deren Entwicklungen nachzuzeichnen eines der hervorzuhebenden Anliegen der Neuauflage ist – nehmen zu, die Vorstandsvergütung wird immer komplexer, Governance-Fragen beschäftigen die Anleger in immer größerem Umfang, Fragen der Investorenkommunikation wie der Aufsichtsratskommunikation gewinnen immer größere Bedeutung, und die mit der Durchführung der Hauptversammlung – virtuell oder physisch – zusammenhängenden, teilweise ganz neuen Fragen fordern die Unternehmensjuristen, die anwaltlichen Berater und die Wissenschaft heraus.

„Kenner der Materie“ aus der Mitte der Kanzlei haben – selbstverständlich wieder unter Einarbeitung der neuen Gesetzeslage und Auswertung von Rechtsprechung und Literatur (Stand Februar 2026) – diese Entwicklungen und die Diskussionen in Wissenschaft und Praxis engmaschig nachzeichnend diese 3. Auflage des Handbuchs Aufsichtsrat erarbeitet. Nach wie vor bildet der Abschnitt „Aufgaben und Kompetenzen“ (§ 4) einen wesentlichen Schwerpunkt des Werks. Herausgeber und Verlag halten nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider einer Aufteilung dieses Abschnitts auf mehrere Paragraphen daran fest, es im Interesse des sachlichen Zusammenhangs bei der bewährten Aufteilung zu belassen, dem Interesse an einer Steigerung der Übersichtlichkeit aber durch Straffung der Inhaltsübersicht des § 4 und die separate Zählung der Fußnoten für die einzelnen Unterabschnitte Rechnung zu tragen. Auf den in der 2. Auflage in § 12 enthaltenen Abschnitt über den Aufsichtsrat in der Corona-Krise kann nunmehr verzichtet werden; für etwaige Altfälle ist vielmehr auf die nach wie vor aktuelle 2. Auflage (*Cornelius Götze*) zu verweisen. Der aktualisierte und ergänzte Abschnitt zum Monitor (§ 4 H) reflektiert noch deutlicher als die beiden Vorauflagen die nicht stillstehende Entwicklung dieser Materie in den USA; hier sind die sehr hilfreichen Diskussionen mit Jason M. Weinstein, Partner, Steptoe LLP, eingeflossen. Neu eingefügt ist ein neues Kapitel (§ 13 – *Marc Ruttloff*), in dem die in der Praxis immer bedeutsameren Besonderheiten der „Aufsichtsräte in Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand“ zusammenfassend und problem- wie lösungsorientiert dargestellt werden. Ein eigenes neues Kapitel (§ 12 – *Katharina Bein*) schließlich ist den in besonderem Maße aktuellen und praktisch wie wissenschaftlich herausfordernden Entwicklungen der künstlichen Intelligenz und deren Umgang durch Vorstand und Aufsichtsrat gewidmet; der Einfluss von KI-Systemen auf die Arbeit der Organe der Gesellschaft, Fragen über deren Leistungsfähigkeit und daraus folgend des berechtigenden oder verpflichtenden Einsatzes dieses Instruments sowie die sich daraus ergebenden Folgen für Sorgfaltspflichten und Haftung bilden Schwerpunkte dieses Kapitels.

Vorwort

Auch für diese Auflage gilt: Für alle Beteiligten war es wieder eine große Herausforderung, neben der Bearbeitung großer, höchst anspruchsvoller und komplexer Mandate das Programm zeitnah abzuschließen. Ohne die Unterstützung einer Reihe von Mitarbeitern der Kanzlei hätte sich dies nicht verwirklichen lassen. Herausgeber und Autoren danken deswegen *Annika Basteck, Ferdinand Bauer, Benedikt Berg, Julius Bernard Berghoff, Anton Dorst, Johannes Gillhoff, Lisa Hahn, Simon Hessling, Elena Himmelmann, Jan Ihrig, Gustav Kobus, Theresa König, Rrezarte Krasniqi-Zajmi, Ishak Maurer, Berfin Meder, Laurens Justin Meßner, Alena Missler, Henrike Pandora Polte, Noah Rahn, Maximilian Reinhardt, Anton Schahadat, Pia Winterhoff* sehr herzlich für ihre zuverlässige Mitwirkung bei der Zusammenstellung des weit gefächerten Stoffs und der steten Bereitschaft zu zielführender Diskussion der zT schwierigen Fragen. Besonderer Dank gilt *Jan Ihrig*, der unermüdlich den Manuskriptlauf überwacht, koordinierend eingegriffen und vor allem zuverlässig die beiden Register ergänzt und aktualisiert hat. Dem Verlag danken wir erneut für die gewohnt fürsorgliche Begleitung der Manuskripterstellung und für die große Geduld mit der einen oder anderen eingetretenen, unvermeidlichen Verzögerung.

Stuttgart im Mai 2026

*Professor Dr. Michael Arnold
Professor Dr. Wulf Goette*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Professor Dr. Michael Arnold

Rechtsanwalt, Stuttgart

Honorarprofessor an der Universität Tübingen

Professor Dr. Christian Arnold, LL.M. (Yale)

Rechtsanwalt, Stuttgart

Honorarprofessor der Universität Mannheim

Katharina Bein

Rechtsanwältin, Düsseldorf

Dr. Adrian Bingel, LL.M. (Chicago), Dipl.-Kfm.

Attorney-at-Law (New York) Rechtsanwalt, Stuttgart

Peter Steffen Carl

Rechtsanwalt, München

Dr. Matthias Gärtner

Rechtsanwalt, Düsseldorf

Professor Dr. Wulf Goette

Vorsitzender Richter am BGH a.D.

Honorarprofessor der Universität Heidelberg

Dr. Christian Hamann

Rechtsanwalt, Berlin

Martin Hitzer

Rechtsanwalt, Düsseldorf

Dr. Maximilian von Rom

Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

Dr. Gabriele Roßkopf, LL.M. (London)

Rechtsanwältin, Stuttgart

Dr. Vera Rothenburg

Rechtsanwältin, Stuttgart

Dr. Marc Ruttloff

Rechtsanwalt, Stuttgart

Dr. Hansjörg Scheel

Rechtsanwalt, Stuttgart

Dr. Dirk Wasmann

Rechtsanwalt, Stuttgart

Dr. Fred Wendt

Rechtsanwalt, Hamburg



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Im Einzelnen haben bearbeitet

§ 1 Einleitung

Rn. 1–17	Michael Arnold
Rn. 18–79a	Wulf Goette
Rn. 80–123	Michael Arnold
Rn. 124–143	Wulf Goette

§ 2 Zusammensetzung	Gabriele Roßkopf
---------------------------	------------------

§ 3 Innere Ordnung

Rn. 1–389	Peter Steffen Carl
Rn. 390–576	Adrian Bingel

§ 4 Aufgaben und Kompetenzen

A. Überwachungskompetenz

Rn. 1–212	Michael Arnold
Rn. 213–380	Vera Rothenburg

B. Einwirkungskompetenz

Rn. 381–498	Michael Arnold
-------------------	----------------

C. Personalkompetenz

Rn. 499–1182	Matthias Gärtner
Rn. 1183–1820	Christian Arnold
Rn. 1821–1944	Matthias Gärtner
Rn. 1945–2046	Hansjörg Scheel
Rn. 2047–2159	Matthias Gärtner
Rn. 2160–2266	Dirk Wasmann

D. Vertretungskompetenz

Rn. 2267–2338	Vera Rothenburg
Rn. 2339–2448	Wulf Goette

E. Mitwirkungskompetenz

Rn. 2449–2551	Vera Rothenburg
Rn. 2552–2643	Dirk Wasmann
Rn. 2644–2664	Michael Arnold
Rn. 2665–2686	Peter Steffen Carl

F. Sonderprüfer

Rn. 2687–2851	Michael Arnold
---------------------	----------------

G. Besonderer Vertreter

Rn. 2852–2921b	Gabriele Roßkopf
----------------------	------------------

H. Monitor

Rn. 2922–3025 Martin Hitzer (Hinweise zum
US-amerikanischen Recht
von Jason M. Weinstein)

§ 5 Pflichten und Sanktionen

Rn. 1–165e Martin Hitzer
Rn. 166–183 Matthias Gärtner
Rn. 184–201 Wulf Goette

§ 6 Vergütung und Auslagenersatz Dirk Wasmann/Matthias
Gärtner

§ 7 Mitbestimmter Aufsichtsrat Christian Arnold

§ 8 Aufsichtsrat im Konzern Fred Wendt

§ 9 Aufsichtsrat in anderen Gesellschaftsformen

Rn. 1–61 Gabriele Roßkopf
Rn. 62–176 Vera Rothenburg
Rn. 177–226 Wulf Goette
Rn. 227–286 Vera Rothenburg

§ 10 Aufsichtsorgane in beaufsichtigten Unternehmen des Finanzsektors

..... Maximilian von Rom/
Hansjörg Scheel

§ 11 Datenschutz Christian Hamann

§ 12 Künstliche Intelligenz im Aufsichtsrat Katharina Bein

**§ 13 Aufsichtsräte in Unternehmen mit Beteiligung
der öffentlichen Hand** Marc Rutloff

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 3. Auflage	V
Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter	VII
Im Einzelnen haben bearbeitet	IX
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Literaturverzeichnis	LXI
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Zusammensetzung	45
§ 3 Innere Ordnung	117
§ 4 Aufgaben und Kompetenzen	267
§ 5 Pflichten und Sanktionen	1263
§ 6 Vergütung und Auslagenersatz für Aufsichtsratsmitglieder sowie Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern	1317
§ 7 Mitbestimmter Aufsichtsrat	1427
§ 8 Aufsichtsrat im Konzern	1569
§ 9 Aufsichtsräte in anderen Gesellschaftsformen	1633
§ 10 Aufsichtsorgane in beaufsichtigten Unternehmen des Finanzsektors	1705
§ 11 Datenschutz	1755
§ 12 Künstliche Intelligenz im Aufsichtsrat	1775
§ 13 Aufsichtsräte in Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand	1801
Entscheidungsregister	1845
Sachverzeichnis	1919



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	V
Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter	VII
Im Einzelnen haben bearbeitet	IX
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Literaturverzeichnis	LXI

§ 1 Einleitung

I. Aufgaben und Kompetenzen	2
1. Überwachungskompetenz	2
2. Beratungs- und Einwirkungskompetenz	3
3. Personalkompetenz	3
4. Vertretungskompetenz	5
5. Mitwirkungskompetenz	5
II. Pflichten	6
1. Sorgfalt und Haftung einschließlich D&O	6
a) Grundlagen	6
b) Sorgfaltsmaßstab	6
c) Pflichten	7
d) Schuldhaftige Pflichtverletzung und Haftung	8
e) Anspruchsverfolgung, Verzicht und Vergleich, D&O Versicherung	10
2. Insbesondere: Verschwiegenheitspflicht	12
3. Insbesondere: Datenschutz	12
4. Insbesondere: Kapitalmarktrechtliche Pflichten	12
III. Rechte	13
1. Informationsrecht	13
2. Teilnahmerecht	13
3. Einberufungsverlangen	13
4. Vergütung	14
5. Kreditgewährung	15
6. Budgetrecht des AR?	15
IV. Rechtsquellen und Geschichte	15
1. AktG	15
2. Satzung	16
3. Geschäftsordnung	17
4. Mitbestimmungsgesetze	18
5. HGB	18
6. Weitere Gesetze	19
7. DCGK	19
8. Europäisches Recht	22
9. Geschichte des Aufsichtsrats	23
V. Grundprinzipien	28
1. Unternehmensinteresse	28
2. Gleichbehandlung und Gleichberechtigung	31
a) Aufsichtsratsmitglieder	31

b) Aufsichtsrat und Vorstand	32
c) Aktionäre	32
3. Persönliche Amtswahrnehmung	32
4. Weisungsfreie Amtsführung	33
5. Selbstorganisationsrecht	34
VI. Mitbestimmter Aufsichtsrat	35
1. MitbestG	35
a) Anwendung des MitbestG	35
b) Bildung, Größe und Zusammensetzung des Aufsichtsrats	36
c) Wahl, Ausscheiden und Schutz der Arbeitnehmervertreter	37
d) Innere Ordnung und Tätigkeit des Aufsichtsrats	38
2. DrittelbG	39
a) Anwendung des DrittelbG	39
b) Besonderheiten nach dem DrittelbG	39
VII. Aufsichtsrat in anderen Gesellschaftsformen	40
1. KGaA	40
2. SE	41
3. GmbH	42
4. Genossenschaft	43

§ 2 Zusammensetzung

I. Allgemeines	47
1. Zusammensetzung	47
a) Rechtsgrundlagen	47
b) Mitbestimmte Aufsichtsräte	50
c) Rechtsfolge bei Verstoß	50
2. Geschlechterquote	52
a) Zwingende Geschlechterquote (§ 96 Abs. 2, 3 AktG, § 393a AktG)	52
b) Festlegung von Zielgrößen für Frauenquote (§ 111 Abs. 5 AktG)	53
c) Rechtsfolgen bei Verstoß	55
II. Persönliche Voraussetzungen	57
1. Gesetzliche Voraussetzungen (§ 100 Abs. 1 AktG)	57
2. Gesetzliche Hinderungsgründe	57
a) Nach AktG	57
b) Nach anderen Gesetzen	64
3. Eignung	64
4. Unabhängigkeit	67
5. Interessenkonflikt	69
6. Persönliche Voraussetzungen in der Satzung	69
7. Besondere Voraussetzungen	71
a) Arbeitnehmervertreter	71
b) Finanzexperten und Sektorenkenntnis (§ 100 Abs. 5 AktG)	71
c) Kein gesetzliches Erfordernis eines KI-Experten	72
8. Rechtsfolgen des Fehlens persönlicher Voraussetzungen oder Vorliegens von Hinderungsgründen	72
a) Verstoß gegen § 100 Abs. 1, 2 AktG	72
b) Verstoß gegen von der Satzung geforderte persönliche Voraussetzungen	73
c) Verstoß gegen § 100 Abs. 5 AktG	74
d) Verstoß gegen § 105 Abs. 1 AktG	75
e) Verstoß gegen Vorgaben in Bezug auf Eignung, Unabhängigkeit, Interessenkonflikt	76

f) Besonderheiten für entsandte Mitglieder	76
g) Verstoß bei gerichtlicher Bestellung	76
9. Ehrenvorsitzende, Ehrenmitglieder	77
III. Bestellung	78
1. Wahl der Anteilseignervertreter	78
a) Wahlvorschlag	78
b) Durchführung der Wahl	79
c) Wahlabreden	82
d) Annahme der Wahl und Amtsbeginn	83
e) Erster Aufsichtsrat	83
2. Wahl der Arbeitnehmervertreter	84
3. Entsendung durch Aktionäre	84
a) Einräumung und Ausgestaltung	85
b) Entsendungsberechtigter	85
c) Ausübung des Entsendungsrechts	85
d) Höchstzahl	86
4. Gerichtliche Bestellung	87
a) Allgemeines	87
b) Beschlussunfähigkeit (§ 104 Abs. 1 AktG)	87
c) Unvollständigkeit (§ 104 Abs. 2 AktG)	88
d) Voraussetzungen der Unterbesetzung	89
e) Antragserfordernis	89
f) Zuständigkeit	90
g) Gerichtliche Entscheidung	90
h) Rechtsstellung der gerichtlich bestellten Aufsichtsratsmitglieder	92
5. Fehlerhafte Bestellung	92
IV. Amtszeit	94
1. Beginn und Ende der gesetzlichen Amtszeit	94
2. Besondere Satzungsregelungen	95
3. Wiederbestellung	96
4. Sonderfälle	97
a) Arbeitnehmervertreter	97
b) Entsandte Mitglieder	97
c) Gerichtlich bestellte Mitglieder	98
d) Erster Aufsichtsrat	98
V. Vorzeitige Beendigung	99
1. Wegfall persönlicher Voraussetzungen	99
2. Abberufung	100
a) Von der Hauptversammlung frei gewählte Aufsichtsratsmitglieder (§ 103 Abs. 1 AktG)	100
b) Entsandte Aufsichtsratsmitglieder, § 103 Abs. 2 AktG	101
c) Gerichtliche Abberufung (§ 103 Abs. 3 AktG)	103
d) Besonderheiten bei gerichtlich bestellten Mitgliedern	106
e) Besonderheiten bei Arbeitnehmervertretern	107
3. Amtsniederlegung	107
4. Erfolgreiche Anfechtungsklage	109
5. Tod	109
6. Gesellschaftsbezogene Beendigungsgründe	110
7. Zeitweiser Widerruf der Bestellung	110
VI. Besonderheiten bei Ersatzmitgliedern	111
1. Allgemeines	111
2. Bestellung	111

3. Nachrücken	113
4. Ausscheiden	113
VII. Bekanntmachungspflichten hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats	114
1. Bekanntmachungen im Handelsregister	114
2. Sonstige Publizitätspflichten	115

§ 3 Innere Ordnung

I. Selbstorganisationsrecht	120
1. Autonomiebereich	120
2. Satzungsregelungen	121
3. Einflussnahme auf die Zusammensetzung des Aufsichtsrats	122
a) Diversität und Diversitätskonzept	122
b) Ziele für Zusammensetzung und Kompetenzprofil	124
II. Aufsichtsratsvorsitzender	125
1. Wahl	125
a) Wahlverfahren	125
b) Gerichtliche Bestellung	130
c) Amtszeit	131
d) Abberufung	132
e) Niederlegung	134
2. Mitteilungspflichten der Gesellschaft	135
a) Anmeldung zum Handelsregister	135
b) Angabe auf Geschäftsbriefen	136
3. Besondere Rechte und Pflichten des Aufsichtsratsvorsitzenden	136
a) Leitungsaufgaben	137
b) Berichtsempfang und Informationspflichten	141
c) Entscheidung über Sitzungsteilnahme von Dritten	143
d) Austausch mit Vorstandsvorsitzendem	147
e) Repräsentationsaufgaben	147
f) Sonstige Repräsentationsaufgaben	151
g) Koordination der Aufsichtsrats Tätigkeit	151
h) Maßnahmen zur Sicherung der Vertraulichkeit	152
i) Ausstattung des Aufsichtsratsvorsitzenden	152
j) Hilfsgeschäfte des Aufsichtsratsvorsitzenden	153
k) Hauptversammlung	153
l) Registeranmeldungen	154
4. Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender	154
a) Wahl	154
b) Anzahl der Stellvertreter	154
c) Reihenfolge der Stellvertreter	154
d) Verhinderungsfall	155
e) Befugnisse	155
5. Ehrenvorsitzender	156
a) Zuständigkeit für die Ernennung	156
b) Keine Publizitätspflichten	157
c) Rechtliche Stellung	157
d) Haftung	158
e) Finanzielle Aspekte	158
III. Plenum	159
1. Autonomiebereich des Plenums	159

2. Geschäftsordnung	160
a) Zuständigkeit	160
b) Regelungsmöglichkeiten	161
c) Geltungsdauer	162
d) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die Geschäftsordnung	163
3. Selbstbeurteilung	163
a) Ziel	164
b) Zuständigkeit	164
c) Gegenstand	164
d) Methodik	165
e) Frequenz	165
f) Auswertung und Dokumentation	166
IV. Ausschüsse	166
1. Bildung von Ausschüssen	166
a) Aufsichtsratsbeschluss	168
b) Größe von Ausschüssen	168
c) Dauer	169
d) Besetzung von Ausschüssen	169
e) Ausschussvorsitz	173
2. Beratende und beschließende Ausschüsse	173
a) Kompetenzzuweisung	173
b) Grenzen der Delegation	174
3. Präsidium/Personalausschuss	177
4. Vermittlungsausschuss	179
5. Prüfungsausschuss	179
a) Einrichtung	179
b) Aufgabenbereich	180
c) Unmittelbares Auskunftsrecht des Prüfungsausschusses	187
d) Besetzung des Prüfungsausschusses	188
6. Nominierungsausschuss	190
7. Sonderausschüsse	193
a) Ausschüsse im Finanzsektor	193
b) Ausschuss für Geschäfte mit nahestehenden Personen	193
c) Compliance-Ausschuss	199
d) Beteiligungsausschuss in mitbestimmten Gesellschaften	200
e) Projektbezogene Ausschüsse	200
8. Innere Ordnung	201
a) Regelungszuständigkeit	201
b) Geschäftsordnung von Ausschüssen	201
c) Aufgaben des Ausschussvorsitzenden	202
d) Entscheidung über Teilnahme an Ausschusssitzungen	204
9. Berichtspflichten	209
10. Überwachung der Ausschussarbeit	210
11. Informelle Gremien innerhalb des Aufsichtsrats	210
12. Besondere Anforderungen an Ausschussmitglieder	211
V. Einberufung und sonstige Vorbereitung	212
1. Einberufung	212
a) Grundsätzliche Zuständigkeit	212
b) Rechtsnatur	213
c) Form und Frist	213
d) Häufigkeit, Verteilung der Termine, außerordentliche Sitzungen	214
e) Ort, Zeit und Tagesordnung	215

f) Verteilung der Unterlagen	217
g) Einberufungsmängel	218
h) Einberufungsverlangen nach § 110 Abs. 1 AktG	218
i) Selbsthilferecht nach § 110 Abs. 2 AktG	220
2. Sonstige Vorbereitung	221
VI. Beschlussfassung	223
1. Entscheidung/Beschluss	223
a) Begriffe und Rechtsnatur	223
b) Ausdrückliche Beschlussfassung	224
c) Zustandekommen des Beschlusses	225
d) Geheime Abstimmung	225
e) Mehrheitserfordernis	227
f) Stimmrecht und Stimmverbot	228
2. Beschlussfähigkeit	230
3. Stimmabgabe ohne Präsenz	231
a) Schriftliche Stimmabgabe	231
b) Beschlussfassung ohne Sitzung	233
4. Fehlerhafte Beschlüsse	236
VII. Sorgfalts- und Verschwiegenheitspflicht	237
1. Sorgfaltspflicht	238
a) Allgemeiner Maßstab	238
b) Qualifikationsanforderungen	239
c) Besondere Funktionsträger	240
d) Spezifische Sorgfaltspflichten	241
2. Verschwiegenheitspflicht	245
a) Reichweite der Verschwiegenheitspflicht	245
b) Definition der vertraulichen Information	246
c) Entscheidung über Offenlegung	247
d) Verpflichteter Personenkreis	249
e) Informationsempfänger	250
f) Einbeziehung von Beratern	251
g) Einschaltung sonstiger Hilfspersonen	252
h) Sitzungsteilnehmer	253
i) Konzernsachverhalte	253
j) Rechtsfolgen	254
k) Maßnahmen zur Steigerung der Vertraulichkeit in der Praxis	255
VIII. Dokumentation	257
1. Protokoll	257
a) Protokollierungspflicht	257
b) Unterzeichnung der Niederschrift	258
c) Form der Niederschrift	258
d) Inhalt der Niederschrift	259
e) Berichtigung und Widerspruch	260
f) Folgen bei Unzulänglichkeiten	261
g) Abschriften	261
h) Vorlage von Niederschriften	262
2. Aufbewahrung von Unterlagen	263
a) Archivierung durch die Gesellschaft	263
b) Aufbewahrung durch Aufsichtsratsmitglieder	264
c) Rückgabe von Unterlagen	265

§ 4 Aufgaben und Kompetenzen

A. Überwachungskompetenz	271
I. Grundlagen der Zuständigkeit des Aufsichtsrats	274
1. § 111 Abs. 1 AktG	274
2. Bedeutung der Überwachungsaufgabe	275
3. Einfluss des Aufsichtsrats	275
4. Beratung als Teil der Überwachung	276
II. Gegenstand und zeitlicher Umfang	277
1. Die Geschäftsführung als Überwachungsgegenstand	277
a) Begriff der Geschäftsführung	277
b) Überwachung der wesentlichen Leitungsmaßnahmen des Vorstands	277
2. Personelle Reichweite der Überwachung	278
a) Vorstandsmitglieder	278
b) Leitende Angestellte	278
3. Sitzungshäufigkeit und zeitliche Anforderungen	279
III. Inhalt der Überwachungspflicht	281
1. Berichte des Vorstands an den Aufsichtsrat als Grundlage der Überwachung (§ 90 AktG)	281
a) Allgemeines	281
b) Regelmäßige Berichterstattung durch den Vorstand (§ 90 Abs. 1 AktG)	284
c) Berichte auf Verlangen des Aufsichtsrats (§ 90 Abs. 3 AktG)	289
d) Ordnungsgemäße Berichterstattung (§ 90 Abs. 4 AktG)	292
e) Informationsrecht des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds (§ 90 Abs. 5 AktG)	293
f) Verstoß gegen die Berichtspflicht	294
2. Sorgfaltsmaßstab bei der Überwachung	295
a) Rechtmäßigkeit	295
b) Ordnungsmäßigkeit	295
c) Wirtschaftlichkeit	296
d) Zweckmäßigkeit	296
3. Art und Intensität der Überwachung	297
a) Normallage	297
b) Sonderlage	297
4. Vergangenheitsbezogene Überwachung	299
a) Ermittlung des Sachverhalts	299
b) Beurteilung des Sachverhalts	299
c) Unterrichtung des Vorstands	299
5. Prüfungs- und Berichtspflicht gem. § 171 AktG	300
a) Jahresabschluss	301
b) Lagebericht	302
c) Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns	303
d) CSR-Bericht	304
e) Berichtspflicht über das Ergebnis schriftlich an die Hauptversammlung	305
6. Errichtung eines Risikoüberwachungs- und Risikomanagementsystems durch den Vorstand, § 91 Abs. 2, 3 AktG	309
7. Einholung von Rechtsrat und Sachverständigengutachten	310
a) Beauftragung gem. § 111 Abs. 2 S. 2 AktG	311
b) Beauftragung außerhalb von § 111 Abs. 2 S. 2 AktG	313

8. Prüfungsausschuss	315
a) Allgemein	315
b) Aufgaben	316
9. Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer	320
IV. Form der Erfüllung der Überwachungsaufgabe durch den Aufsichtsrat	321
1. Teilhaberechte und -pflichten der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder an der Meinungsbildung im Aufsichtsrat	321
2. Ein- und Mitwirkungsrechte des Aufsichtsrats	322
a) Präventive Ein- und Mitwirkungsrechte des Aufsichtsrats	322
b) Reaktive Ein- und Mitwirkungsrechte des Aufsichtsrats	329
V. Compliance-Verantwortung und Internal Investigation	332
1. Einleitung	332
a) Begriff	332
b) Zweck	333
2. Überwachung der Geschäftsführung nach § 111 AktG	334
a) Allgemeine Zuständigkeit des Aufsichtsrats für Überwachung	334
b) Organinterne Wahrnehmung	334
3. Präventive Compliance-Pflicht des Vorstands	334
4. Mindestanforderungen an eine Compliance-Organisation	336
a) Prüfungsstandards für eine Compliance-Organisation	336
b) Zuordnung von Verantwortlichkeiten	337
c) Risikoanalyse als Informationsgrundlage	339
d) Berichtssystem	340
e) Unternehmenskultur und Bewusstsein für Compliance	343
5. Compliance im Konzern	344
a) Konzernweite Compliance	344
b) Die Rolle des Aufsichtsrats bei konzernweiter Compliance	346
6. Repressive Compliance-Pflicht des Vorstands	346
a) Untersuchungs- und Aufklärungspflicht	347
b) Abstellen des Compliance-Verstoßes	350
c) Sanktionierung von Fehlverhalten (Arbeitsrechtliche Maßnahmen)	350
d) Anspruchsprüfung/-abwehr	351
e) Änderung/Verbesserung des Compliance-Systems	352
7. Die Überwachungspflicht des Aufsichtsrats	352
a) Inhalt	352
b) Intensität der Überwachung	353
c) Instrumente im Einzelnen	354
8. Originäre Compliance-Pflicht des Aufsichtsrats	356
a) Personelle Maßnahmen	356
b) Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen	356
c) Eigene Sachverhaltsermittlung	357
9. Aufsichtsratsinterne Compliance	361
a) Interessenkollision	361
b) Rechtswidrige Beschlüsse	361
c) Beraterverträge	362
10. Berichtspflicht in der Hauptversammlung	362
B. Einwirkungs- und Beratungskompetenz	363
I. Ausgangspunkt: Geschäftsführungsverbot, § 111 Abs. 4 S. 1 AktG	364
II. Einwirkung durch Beratung	365
III. Einwirkung durch Zustimmungsvorbehalte, § 111 Abs. 4 S. 2 AktG	366
1. Grundlagen	366

2. Begründung von Zustimmungsvorbehalten	367
3. Inhaltliche Ausgestaltung	370
a) Reichweite und Grenzen von Zustimmungsvorbehalten	370
b) Zulässige Gegenstände	376
4. Erteilung der Zustimmung	377
a) Zuständigkeit	378
b) Entscheidung über die Zustimmung	378
c) Zeitpunkt der Zustimmung	380
d) Reichweite der Zustimmung	381
e) Eilbedürftige Geschäfte	382
f) Generalzustimmung	383
g) Nicht zustimmungspflichtige Geschäfte	383
5. Versagung der Zustimmung	383
a) Wirkung der Versagung	383
b) Ersetzung der Zustimmung durch die Hauptversammlung	384
IV. Exkurs: Zustimmungsvorbehalte bei Related Party Transactions	384
1. Geschäfte mit nahestehenden Personen, § 111a Abs. 1 AktG	385
a) Geschäft	385
b) Nahestehende Person	386
c) Ausnahme für reguläre Geschäfte, § 111a Abs. 2 AktG	387
d) Ausnahmen im Konzern, § 111a Abs. 3 AktG	393
e) Schwellenwert	395
2. Rechtsfolgen	397
a) Zustimmungsvorbehalt, § 111b Abs. 1 AktG	397
b) Zustimmungsverfahren	397
c) Veröffentlichungspflicht, § 111c AktG	401
3. Bedeutung und Folgen für die Praxis	401
C. Personalkompetenz	402
I. Organstellung	418
1. Bestellung der Vorstandsmitglieder (§ 84 Abs. 1 AktG)	418
a) Rechtsnatur der Bestellung	419
b) Zwingende Zuständigkeit des Plenums	419
c) Vorbereitung der Entscheidung	420
d) Entschließungsfreiheit	426
e) Zusammensetzung des Vorstands	433
f) Persönliche Voraussetzungen	459
g) Beschlussfassung im Aufsichtsrat	483
h) Befristete und bedingte Bestellung	486
i) Begrenzung der Amtszeit	493
j) Ermessen	495
k) Zuweisung eines Geschäftsbereichs	495
l) Annahme der Bestellung	496
m) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe, Rechnungslegung)	497
n) Datenschutzrechtliche Vorgaben	497
o) Geltung der DCGK-Empfehlungen zur Vorstandsbesetzung in der börsennotierten KGaA	498
2. Wiederbestellung und Verlängerung der Amtszeit (§ 84 Abs. 1 S. 2 AktG)	499
a) Entscheidung über die Wiederbestellung	500
b) Verbot einer unzulässigen Vorabbindung des Aufsichtsrats	501
c) Einvernehmliche vorzeitige Aufhebung der Bestellung und Wiederbestellung	502

d) Aufschiebend bedingte oder befristete Wiederbestellung	504
e) Zuweisung eines Geschäftsbereichs, Geschäftsleitungsmandate und Nebentätigkeiten, Handelsregister	504
3. Automatische Verlängerung der Amtszeit (§ 84 Abs. 1 S. 4 AktG) ...	505
4. Fehlerhafte Bestellung und faktisch wie ein Vorstandsmitglied handelnde Personen	507
a) Lehre von der fehlerhaften Organstellung	507
b) Faktisch wie ein Vorstandsmitglied handelnde Personen	509
c) Fortsetzung der Tätigkeit eines wirksam bestellten Vorstandsmitglieds	510
5. Widerruf der Bestellung (§ 84 Abs. 4 AktG)	510
a) Wirkung des Widerrufs	510
b) Zwingende Zuständigkeit des Plenums	510
c) Ad-hoc-Publizitätspflicht	511
d) Wichtiger Grund	511
e) Kein Beurteilungsspielraum, aber Ermessen	531
f) Anhörung?	533
g) Benachteiligungsverbot des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)	533
h) Verwirkung	534
i) Entschließungsfreiheit	535
j) Beschlussfassung im Aufsichtsrat	535
k) Widerrufserklärung, Befristung, Bedingung	536
l) Zugang der Widerrufserklärung beim Vorstandsmitglied	537
m) Rechtsschutz des Vorstandsmitglieds	540
n) Umgang mit einem Schwebezustand	547
o) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe, Rechnungslegung) ...	548
6. Amtsniederlegung	549
a) Form, Inhalt	549
b) Befristung, Bedingung	549
c) Zugang	550
d) Wichtiger Grund als Wirksamkeitsvoraussetzung?	551
e) Unwirksamkeit bei Rechtsmissbrauch	552
f) Auswirkungen auf den Anstellungsvertrag	552
g) Auswirkungen auf andere Konzernmandate	554
h) Pflichten des Aufsichtsrats	555
i) Verpflichtung zur Amtsniederlegung?	555
7. Einvernehmliche Amtsbeendigung	556
a) Zulässigkeit	556
b) Verfahren	556
c) Entscheidung des Aufsichtsrats	557
8. Suspendierung	558
a) Einseitige Suspendierung	558
b) Einvernehmliche Suspendierung	561
c) Verfahren für die einseitige und die einvernehmliche Suspendierung	563
d) Zeitliche Grenzen einer zulässigen Suspendierung	563
e) Rechtsfolgen einer zulässigen Suspendierung	565
f) Entscheidung über die Suspendierung, Pflichten von Aufsichtsrat und Vorstand	568
g) Reaktionsmöglichkeiten des Vorstandsmitglieds bei einseitiger Suspendierung	569
h) Suspendierung der Ernennung zum Vorstandsvorsitzenden	569

9. Einvernehmliche Freistellung/Dienstbefreiung	570
a) Inhalt, Zulässigkeit und Voraussetzungen	570
b) Verfahren	571
c) Rechte und Pflichten des dienstbefreiten Vorstandsmitglieds	572
d) Pflichten von Aufsichtsrat und Vorstand	573
10. Einseitiges Recht der Vorstandsmitglieder auf zeitweisen Widerruf der Bestellung („Mandatspause“; § 84 Abs. 3 AktG)	573
a) Hintergrund und Zweck der Regelung	573
b) Anwendungsbereich	574
c) Voraussetzungen	575
d) Entscheidung des Aufsichtsrats über eine „Mandatspause“	579
e) Folgen der Mandatspause	582
f) Änderung der Verhältnisse und Bekanntwerden neuer Umstände	587
g) Reaktionsmöglichkeiten des Vorstandsmitglieds bei Verweigerung einer Mandatspause	589
h) Weitere Pflichten des Aufsichtsrats	590
i) Pflichten des pausierenden Vorstandsmitglieds bei Wiedereintritt	590
j) Verhältnis zu Amtsniederlegung, Widerruf der Bestellung, einvernehmlicher Amtsbeendigung, einvernehmlicher Suspendierung und einvernehmlicher Dienstbefreiung	591
11. „Teilzeit“; „Job Sharing“	592
12. Vorsitzender des Vorstands (§ 84 Abs. 2 AktG)	595
a) Keine zwingende Satzungsvorgabe	595
b) Verfahren	595
c) Dauer und Verlängerung der Ernennung, aufschiebende Bedingung und Befristung, automatische Verlängerung	596
d) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe und Rechnungslegung)	598
e) Aufgaben des Vorstandsvorsitzenden	598
f) Arbeitsdirektor als Vorstandsvorsitzender?	599
g) Zwei Vorstandsvorsitzende?	600
h) Beendigung der Ernennung	601
i) Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands	603
j) Vorstandssprecher	603
k) SE	605
13. Arbeitsdirektor	606
14. Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern (§ 94 AktG)	606
a) Begriff, Hintergrund, Ermessen des Aufsichtsrats	606
b) Aufgaben und Befugnisse, Bestellung zum Arbeitsdirektor	607
c) „Hoch-“, und „Herabstufung“	608
d) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe, Rechnungslegung)	609
15. Aufsichtsratsmitglieder als Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern (§ 105 Abs. 2 AktG)	609
a) Normzweck und Anwendungsbereich	609
b) Voraussetzungen	610
c) Wirkungen der Stellvertretung, Rechte und Pflichten des Stellvertreters	613
d) Rechte und Pflichten des vertretenen Vorstandsmitglieds	617
e) Rechtsfolgen bei Nicht-Vorliegen der Voraussetzungen für die Bestellung zum Stellvertreter	617
f) Entscheidung des Aufsichtsrats	617
g) Annahme, Beginn und Ende der Stellvertretung	619

h) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe, Rechnungslegung, Liste der Aufsichtsratsmitglieder)	621
i) Modifikationen oder Ausschluss der Möglichkeit, Aufsichtsratsmitglieder zum Stellvertreter zu bestellen?	622
16. Der erste Vorstand (§ 30 Abs. 4 AktG)	622
a) Bestellung	622
b) Annahme der Bestellung, Dauer der Amtszeit, Widerruf	624
c) Aufgaben und Verantwortlichkeit	624
d) Vergütung	625
17. Gerichtliche Bestellung von Vorstandsmitgliedern (§ 85 AktG)	626
a) Regelungszweck und Anwendungsbereich	626
b) Bestellungsvoraussetzungen	626
c) Verfahren	632
d) Besondere Vorstandsmitglieder	640
e) Organpflichten, Vertretungs- und Geschäftsführungsbefugnis	640
f) Amtsdauer, Befristung	642
g) Widerruf der Bestellung	643
h) Sonstige Beendigungsgründe	646
i) Weitere Bestellung bei fortbestehender Dringlichkeit	646
j) Kein Austausch ohne vorherige Aufhebung oder Beendigung der Bestellung	647
k) Auslagensatz und Vergütung (§ 85 Abs. 3 AktG)	647
l) Rechtsmittel gegen die gerichtliche Entscheidung über einen Bestellaungsantrag	648
18. Beschlussvorschläge an die Hauptversammlung zur Entlastung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder (§§ 120, 119 Abs. 1 Nr. 4 AktG)	650
a) Entlastungsentscheidung der Hauptversammlung	652
b) Kein Anspruch auf Entlastung	671
c) Mögliche Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit der Entlastungsentscheidung	671
d) Informationspflichten	672
e) Inhaltliche Bindung der Hauptversammlung	681
f) Beschlussvorschlag des Aufsichtsrats für die Entlastungsentscheidung (§ 124 Abs. 3 S. 1 AktG)	688
g) Anträge von Aktionären (§§ 122, 126 AktG)	696
II. Anstellungsverhältnis	697
1. Begriff und Rechtsnatur	697
a) Anstellungsvertrag	697
b) Abgrenzung zur Bestellung zum Organmitglied	697
c) Vorstandsmitglieder als Arbeitnehmer?	698
d) Sozialversicherungsrechtliche Behandlung	705
2. Begründung des Anstellungsverhältnisses	708
a) Vertragsschluss und Zuständigkeit	708
b) Vertragsdauer	712
c) Schutz des Organmitglieds	714
d) Drittanstellung/Drittvergütung	717
e) Mängel bei Vertragsschluss und deren Rechtsfolgen	722
f) Auswirkung auf ein bereits bestehendes Arbeitsverhältnis	724
3. Vergütung	727
a) Allgemeine Vorschriften	727
b) Gesetzliche Vorgaben zur Vorstandsvergütung	730
c) Vorstandsvergütungssystem	748

d) Sonstige Vorgaben zur Vorstandsvergütung	758
e) Gestaltungsmöglichkeiten	784
f) Vergütung durch Dritte	804
g) Offenlegung der Vorstandsvergütungen	804
4. Wettbewerbs- und Nebentätigkeitsverbote	816
a) Die gesetzlichen Wettbewerbsverbote, § 88 AktG	816
b) Wettbewerbsverbote zwischen Abberufung und Ende des Anstellungsvertrags	826
c) Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	828
d) Nebentätigkeitsverbote	837
5. Sonstige Rechte und Pflichten	839
a) Auslagen- und Kostenersatz	839
b) Urlaub	842
c) Sabbatical	843
d) Teilzeit	845
e) Job Sharing	846
f) Anspruch auf Zeugniserteilung	847
g) Treuepflicht	848
h) Verschwiegenheitspflicht	850
i) Pflicht zur Weiterarbeit unterhalb der Vorstandsebene	850
j) Vergütung nach Amtsniederlegung	851
k) Freistellungsklauseln	851
6. Beendigung des Anstellungsverhältnisses	852
a) Verhältnis zum Widerruf der Bestellung	852
b) Die Auswirkungen des § 84 Abs. 3 AktG auf Anstellungsverträge von Vorstandsmitgliedern	853
c) Beendigungsgründe	854
d) Abfindung	871
e) Übergangsgeld	872
f) Auskunfts- und Herausgabepflichten	873
g) Ruhegehalt und Ruhegehaltszusage	876
III. Exkurs: Votum der Hauptversammlung zum Vorstandsvergütungssystem und zum Vergütungsbericht (§ 120a AktG)	887
1. Votum zum Vorstandsvergütungssystem (§ 120a Abs. 1 bis 3 AktG, § 119 Abs. 1 Nr. 3 AktG)	888
a) Zwingende regelmäßige Vorlage des Vorstandsvergütungssystems	888
b) Entscheidung der Hauptversammlung	896
c) Lediglich empfehlender Charakter der Entscheidung der Hauptversammlung	899
d) Rechtsfolgen einer Billigung durch die Hauptversammlung	901
e) Rechtsfolgen einer Ablehnung durch die Hauptversammlung	902
f) Auswahlermessen des Aufsichtsrats bei mehreren der Hauptversammlung vorgelegten Vorstandsvergütungssystemen ...	905
g) Rechtsmittel gegen das Votum der Hauptversammlung?	906
h) Veröffentlichung des Votums der Hauptversammlung (§ 120a Abs. 2 AktG)	908
2. Herabsetzung der Maximalvergütung	910
a) Entscheidung der Hauptversammlung	910
b) Verhältnis zwischen der Billigung des Vorstandsvergütungssystems und der Herabsetzung der Maximalvergütung	913
c) Wirkungen einer Herabsetzung	914
d) Grenzen der Herabsetzung	916
e) Laufende Anstellungsverträge bleiben unberührt	917

f) Aufnahme von Änderungsvorbehalten in Neuverträge?	918
g) Verstöße des Aufsichtsrats gegen die herabgesetzte Maximalvergütung	918
h) Anfechtung eines Herabsetzungsbeschlusses	918
i) Anfechtung der Ablehnung einer Herabsetzung?	920
3. Votum zum Vergütungsbericht (§ 120a Abs. 4 AktG, § 119 Abs. 1 Nr. 3 AktG)	921
a) Erstellung, Prüfung und Vorlage des Vergütungsberichts	921
b) Entscheidung der Hauptversammlung über die Billigung	924
c) Lediglich empfehlender Charakter der Entscheidung der Hauptversammlung	925
d) Rechtsmittel gegen das Votum der Hauptversammlung?	926
e) Erleichterung für kleine und mittelgroße Gesellschaften – bloße Erörterung des Vergütungsberichts (§ 120a Abs. 5 AktG)	926
f) Veröffentlichung des Vergütungsberichts und des Votums zum Vergütungsbericht, handelsrechtliche Offenlegung der Vergütung	927
4. Nicht börsennotierte Gesellschaften	929
5. Börsennotierte KGaA	930
a) Vorstandsvergütungssystem	930
b) Vergütungsbericht	933
IV. D934	
1. Entscheidungskompetenz für Abschluss der D934	
2. Vertretungsbefugnis im Außenverhältnis zum Versicherer	937
3. Pflicht zum Abschluss einer D937	
a) Aufgrund ausdrücklicher Regelung im Dienstvertrag	937
b) Aus Fürsorgepflicht oder Treuepflicht gegenüber Organmitgliedern	938
c) Pflicht zum D939	
4. Verpflichtung zu fortbestehendem D940	
a) Verhältnis zur Nachmeldung	940
b) Versicherungsschutz im Insolvenzfall der Versicherungsnehmerin	941
c) Inhaltliche Änderungen des D943	
d) Vertragliche Absicherung	943
5. Berücksichtigung von D944	
a) Erfolgsaussichten hinsichtlich der D944	
b) Entgegenstehende Gründe	949
6. Geltendmachung und Sicherung der Deckungsansprüche	951
a) Gefahr der Verschlechterung der Rechtsposition gegenüber dem D951	
b) Umstandsmeldung	951
c) Deckungsklage gegen D952	
d) Direktklagen gegen D954	
e) Prozessuale und prozesstaktische Aspekte einer Direktklage	958
f) Zustimmungserfordernisse und rechtliche Risiken hinsichtlich der Wirksamkeit	959
V. Geschäftsordnung für den Vorstand (§ 77 Abs. 2 AktG)	961
1. Zuständigkeit	961
a) Unentziehbare Primärzuständigkeit des Aufsichtsrats und Subsidiärzuständigkeit des Vorstands	962
b) Regelung von „Einzelfragen der Geschäftsordnung“ durch die Satzung	963
c) Rechtsfolgen bei fehlender Erlasskompetenz	964

2. Pflicht zum Erlass einer Geschäftsordnung?	966
3. Verfahren	967
a) Erlass durch den Vorstand	967
b) Erlass durch den Aufsichtsrat	968
4. Formerfordernis	968
a) Erlass durch den Vorstand	968
b) Erlass durch den Aufsichtsrat	969
5. Vorgaben an den Regelungsumfang, Rahmen-Geschäftsordnung	969
6. Geltungsdauer	971
a) Inkrafttreten der Geschäftsordnung	971
b) Rückwirkung von Geschäftsordnungsregelungen?	971
c) Außerkrafttreten der Geschäftsordnung	971
d) Auswirkungen personeller Veränderungen	972
7. Bindungswirkung	972
a) Allgemeine Bestimmungen	972
b) Personen- und objektbezogene Bestimmungen	973
c) Persönliche Verhaltenspflichten der Vorstandsmitglieder	973
8. Geschäftsverteilung	974
a) Grenzen der Geschäftsverteilung	974
b) Verantwortlichkeit und Haftung der Vorstandsmitglieder	981
c) Voraussetzungen einer wirksamen Geschäftsverteilung	983
d) Bezeichnung der Geschäftsbereiche	985
e) Geschäftsverteilungsplan	986
f) Gestaltungsformen der Geschäftsverteilung und Entscheidung des Aufsichtsrats	986
g) Änderung der Geschäftsverteilung	987
h) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen gesellschaftsrechtliche oder anstellungsvertragliche Vorgaben	989
9. Mögliche weitere Regelungsgegenstände	990
a) Geschäftsführungsbefugnis, Zuständigkeit des Gesamtvorstands	991
b) Vertretungsbefugnis	993
c) Vorstandssitzungen	993
d) Beschlussfähigkeit	994
e) Beschlussteilnahme abwesender Vorstandsmitglieder	995
f) Mehrheitserfordernisse	996
g) Form der Beschlussfassung	998
h) Vorstandsvorsitzender, „Vorstandssprecher“	998
i) Stichentscheid	998
j) Vetorecht	1000
k) Vorstandsausschüsse	1002
l) Berichte des Vorstands (§ 90 AktG)	1002
m) Umsetzung von Vorgaben des DCGK	1002
n) „Programmsätze“, Wiedergabe und Konkretisierung gesetzlicher Pflichten	1003
o) Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats	1003
10. Auslegung der Geschäftsordnung	1003
11. Änderung und Durchbrechung der Geschäftsordnung	1004
a) Änderung und Durchbrechung durch den Vorstand	1004
b) Änderung durch den Aufsichtsrat	1005
12. Verstöße gegen die Geschäftsordnung	1005
13. Offenlegung der Geschäftsordnung	1006

VI. Abschlussprüfer	1006
1. Einleitung: Funktion des Abschlussprüfers, zwingende und freiwillige Prüfungen	1006
a) Jahresabschluss, Lagebericht, Konzernabschluss, Konzernlagebericht	1007
b) Halbjahresfinanzberichte, unterjährige Finanzinformationen	1008
c) Berichterstattung zur Corporate Social Responsibility	1009
d) Vergütungsbericht	1010
2. Verfahrensablauf zur Bestellung und Beauftragung des Abschlussprüfers	1010
3. Auswahl des Abschlussprüfers	1010
a) Zuständigkeit des Prüfungsausschusses	1010
b) Geeignete Abschlussprüferkandidaten	1010
4. Bei der Auswahl zu berücksichtigende Besonderheiten für Unternehmen von öffentlichem Interesse (PIEs)	1015
a) PIE	1015
b) Einschränkung von Nichtprüfungsleistungen (Art. 5 Abschlussprüfer-VO)	1015
c) Auswahl des Abschlussprüfers des PIEs	1019
d) Zeitliche Grenzen der Bestellung desselben Abschlussprüfers bei PIEs(Zwang zur externen Rotation)	1022
e) Interne Rotation	1023
5. Vorschlag des Prüfungsausschusses	1024
6. Wahlvorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung	1024
7. Beauftragung des Abschlussprüfers	1025
8. Haftung des Abschlussprüfers, Abberufung	1026
D. Vertretungskompetenz	1027
I. Reichweite des § 112 AktG	1029
1. Einleitung	1029
a) Inhalt und Zweck	1029
b) Normcharakter	1029
c) Umfang	1030
d) Konkurrenz zu anderen Vorschriften	1030
2. Anwendungsbereich	1032
a) Persönlicher Anwendungsbereich	1032
b) Sachlicher Anwendungsbereich	1041
c) Wissenszurechnung	1043
3. Ausübung der Vertretungsmacht	1045
a) Willensbildung	1045
b) Willensäußerung	1046
c) Nachweis	1048
4. Mängel der Vertretungsmacht	1049
a) Prozessuale Folgen	1049
b) Materiell-rechtliche Folgen	1050
II. Anspruchsverfolgung gegenüber Vorstandsmitgliedern	1051
1. Kompetenz des AR in Abgrenzung zu HV und Vorstand	1051
a) § 93 Abs. 4 AktG	1052
b) §§ 147, 148 AktG	1055
c) Initiativrecht der Hauptversammlung zur Herbeiführung eines Vergleichs/Verzichts analog § 83 AktG?	1057
d) Besonderer Vertreter	1059
e) Vertretungskompetenz gegenüber aktiven und ehemaligen Vorstandsmitgliedern	1059

f) Witwen und Waisen	1060
g) Fehlerhafte Bestellung und Haftung	1060
2. Objektiver Pflichtverstoß	1060
a) Sorgfalts- und Treuepflicht	1061
b) Tun oder Unterlassen	1062
c) Organisation, Ressortprinzip, Delegation und Überwachung	1063
d) Compliance-System	1065
e) Konsensprinzip und Mehrheitsbeschlüsse, Folgen für Haftung	1066
f) Beobachtungs- und Prüfungspflicht, insbes. Legalitätspflicht und „Business Judgment Rule“	1067
g) Kapitalschutz	1071
h) Massesicherungs- und Insolvenzantragspflicht	1072
i) Transparente Information im Vorstand und gegenüber dem Aufsichtsrat	1074
j) Kompetenzverstoß	1075
3. Verschulden	1075
a) Maßstäbe, auch wg D1076	
b) Haftungsreduzierung?	1077
c) Tatsachen- und Rechtsirrtum	1078
d) Einholung von (Rechts)Rat (ISION)	1078
4. Schaden	1080
a) Vermögensschaden	1080
b) Bußgeld als Schaden	1080
c) Schmiergeldzahlungen	1082
d) Soziale Aufwendungen	1083
e) Schädigung einer Tochtergesellschaft	1083
f) Vorteilsausgleich	1084
5. Kausalität	1085
a) Ursachenzusammenhang	1085
b) Rechtmäßiges Alternativverhalten	1085
c) Kollegialentscheidungen	1086
d) Kompetenzverstoß und Kausalität	1086
6. Darlegungs- und Beweislast	1086
a) Grundsatz	1086
b) Auch bei Witwen und Waisen und Rechtsnachfolge?	1087
c) Dokumenten-Zugang für Vorstandsmitglied bei Inanspruchnahme	1088
7. ARAG/Garmenbeck-Doktrin	1088
8. Gesamtschuld	1092
a) Grundlagen	1092
b) Innenausgleich	1093
c) „Kreiselregress“	1093
9. Verjährung	1094
a) Beginn	1095
b) Hemmung der Verjährung – andere Sicherungsmaßnahmen	1096
c) Verjähren lassen?	1097
10. Verzicht und Vergleich (§ 93 Abs. 4 S. 3 AktG)	1097
11. Andere Anspruchsgrundlagen als § 93 AktG	1100
E. Mitwirkungskompetenz	1101
I. Entsprechenserklärung und DCGK	1103
1. Entsprechenserklärung, § 161 AktG	1103
a) Allgemeines	1103
b) Beschlusskompetenz	1104

c) Beschlussfassung	1105
d) Erklärungsinhalt	1107
2. Folgen fehlerhafter Beschlüsse	1109
a) Gründe für die Fehlerhaftigkeit	1109
b) Anfechtbarkeit von Beschlüssen	1109
c) Haftung	1111
d) Ordnungswidrigkeiten und Strafbarkeitsrisiken	1113
3. DCGK	1114
a) Zweck und Ziel	1114
b) Rechtsnatur	1114
c) Inhalt	1115
d) Erhöhte Anforderungen durch Novellen	1116
e) Bedeutung für Zugehörigkeit zu DAX-Indizes	1117
II. Anmeldungen durch den Aufsichtsrat	1118
1. Keine originären Anmeldepflichten	1118
2. Mitwirkungspflichten	1118
a) Kapitalerhöhungen	1118
b) Kapitalherabsetzungen	1119
3. Rechtsfolgen bei Verstößen	1120
III. Aufgaben, sonstige besondere Aufgaben, Hauptversammlungsleitung	1120
1. Erfordernis und Bestimmung des Versammlungsleiters	1120
2. Abwahl des Versammlungsleiters, Niederlegung des Amtes	1122
a) Durch die Hauptversammlung gewählter Versammlungsleiter	1122
b) Durch die Geschäftsordnung bestimmter Versammlungsleiter	1122
c) Satzungsmäßig bestimmter Versammlungsleiter	1122
d) Gerichtlich bestimmter Versammlungsleiter	1124
e) Abstimmung über die Abwahl	1124
f) Niederlegung der Versammlungsleitung	1125
3. Die Aufgaben und Kompetenzen des Versammlungsleiters sowie die von ihm bei deren Wahrnehmung zu beachtenden Grundsätze	1125
4. Aufgaben vor der Hauptversammlung	1126
5. Aufgaben in und Ablauf der Hauptversammlung sowie deren Abbildung im Leitfaden (Überblick)	1127
a) Typischer Ablauf der Hauptversammlung	1127
b) Bestimmung und Einhaltung des Zeitrahmens	1128
c) Teilnehmerverzeichnis	1129
d) Unterbrechung der Hauptversammlung	1129
6. Besondere Aufgaben in der (General-)Debatte	1130
a) Bestimmung der Reihenfolge der Behandlung der Tagesordnungspunkte und der Redner in der Debatte	1130
b) Maßnahmen zur Beschleunigung der Debatte	1131
c) Umgang mit Anträgen von Aktionären	1133
7. Aufgaben im Zusammenhang mit der Abstimmung und der Ergebnisverkündung mit Beschlussfeststellung	1135
a) Festlegung der vorzunehmenden Abstimmungen	1135
b) Abstimmungsverfahren	1136
c) Abstimmungsreihenfolge	1137
d) Ergebnisermittlung	1138
e) Ergebnisverkündung, Beschlussfeststellung	1139
8. Schließung der Hauptversammlung	1139
9. Ordnungsmaßnahmen	1140
10. Mögliche Aufgaben des Versammlungsleiters nach der Hauptversammlung (Unterzeichnung der Niederschrift)	1141

11. Haftung des Versammlungsleiters	1141
12. Besondere Aufgaben des Versammlungsleiters in der virtuellen Hauptversammlung nach dem Gesetz zur Einführung virtueller Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften	1142
a) Dauerhafte Ermöglichung virtueller Hauptversammlungen	1142
b) Zahlreiche Besonderheiten der virtuellen Hauptversammlung	1142
c) Teilnahme des Versammlungsleiters	1142
d) Besondere Aufgaben des Versammlungsleiters	1143
e) Besondere Kompetenzen des Versammlungsleiters	1143
IV. Mitwirkung des Aufsichtsrats an gerichtlichen Verfahren	1145
1. Verfahren über Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen und damit zusammenhängende Freigabeverfahren	1145
2. Verfahren über die Bestellung oder Auswechslung eines Sonderprüfers	1147
3. Verfahren durch oder gegen vom Aufsichtsrat eingeschaltete (Hilfs-) Personen und über entsprechende Hilfsgeschäfte	1147
V. Mitwirkung an Kapitalerhöhungen aus genehmigtem Kapital	1148
1. Zustimmung über das „Ob“ der Kapitalerhöhung	1148
2. Zustimmung über das „Wie“ der Kapitalerhöhung	1148
VI. Mitwirkung an Satzungsänderungen	1150
VII. Gespräche mit Investoren	1152
1. Rechtlicher Rahmen	1152
a) Aktienrechtliche Kompetenzordnung	1153
b) Zulässige Gesprächsinhalte	1154
c) Insiderrecht	1155
d) Verschwiegenheitspflicht	1155
e) Gleichbehandlungsgrundsatz	1156
f) Nachinformationsanspruch nach § 131 Abs. 4 AktG	1157
2. Einbindung des Vorstands	1158
3. Unterrichtung des Aufsichtsrats	1158
F. Sonderprüfer	1159
I. Allgemeines	1160
1. Überblick	1160
2. Prüfungsgegenstand	1161
3. Abgrenzung von anderen Prüfungen	1163
a) Informelle „Sonderprüfung“	1163
b) Insolvenzverwaltung	1164
c) Besonderer Vertreter	1164
d) Abschlussprüfung	1165
II. Bestellung des Sonderprüfers	1165
1. Bestellung durch Hauptversammlungsbeschluss, § 142 Abs. 1 AktG .	1165
a) Ankündigung in der Tagesordnung und Beschlussvorschlag	1166
b) Antrag und Beschlussfassung	1167
c) Stimmverbote	1167
d) Beschlussinhalt	1171
e) Rechtsfolgen fehlerhafter Beschlüsse	1172
2. Gerichtliche Bestellung auf Antrag einer Minderheit, § 142 Abs. 2 AktG	1173
a) Formelle Voraussetzungen	1174
b) Materielle Voraussetzungen	1174
c) Verfahren und Entscheidung des Gerichts	1182
3. Gerichtliche Bestellung eines anderen Sonderprüfers, § 142 Abs. 4 AktG	1183
a) Formelle Voraussetzungen	1184

b) Materielle Voraussetzungen	1185
c) Verfahren und Entscheidung des Gerichts	1185
4. Neubestellung bei nachträglichem Wegfall des Sonderprüfers	1186
a) Von der Hauptversammlung bestellter Sonderprüfer	1186
b) Vom Gericht bestellter Sonderprüfer	1188
5. Widerruf der Bestellung	1189
a) Von der Hauptversammlung bestellter Sonderprüfer	1189
b) Vom Gericht bestellter Sonderprüfer	1190
III. Stellung des Sonderprüfers	1191
1. Rechtsstellung	1191
2. Person des Sonderprüfers, § 143 AktG	1191
a) Eignung als Sonderprüfer, § 143 Abs. 1 AktG	1191
b) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen § 143 Abs. 1 AktG	1192
c) Bestellungsverbote, § 143 Abs. 2 AktG	1193
d) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen § 143 Abs. 2 AktG	1193
3. Verantwortlichkeit des Sonderprüfers, § 144 AktG	1196
4. Vergütung des Sonderprüfers	1196
IV. Durchführung der Sonderprüfung	1198
1. Rechte des Sonderprüfers	1198
a) Einsichts- und Prüfungsrecht, § 145 Abs. 1 AktG	1198
b) Auskunftsrecht, § 145 Abs. 2 AktG	1199
2. Durchsetzung der Prüferrechte	1202
a) Klage	1202
b) Zwangsgeld	1203
c) Schadensersatz	1203
3. Sonderprüfungsbericht	1203
a) Berichtsinhalt	1203
b) Pflichten des Vorstands	1204
V. Kosten	1205
1. Kostentragung der Gesellschaft im Außenverhältnis	1205
a) Kosten der Sonderprüfung	1205
b) Verfahrenskosten	1205
2. Ersatzansprüche der Gesellschaft im Innenverhältnis	1206
G. Besonderer Vertreter (§ 147 AktG)	1206
I. Grundlagen	1207
1. Ersatzansprüche der Gesellschaft	1207
2. Geltendmachungsbeschluss	1209
3. Pflicht zur Geltendmachung	1211
II. Bestellung eines besonderen Vertreters	1212
1. Person des besonderen Vertreters	1212
2. Bestellung durch Hauptversammlung	1212
3. Gerichtliche Bestellung	1213
a) Voraussetzungen	1213
b) Verfahren	1214
c) Entscheidung	1214
d) Beschwerde	1215
III. Rechtsstellung des besonderen Vertreters	1215
1. Organstellung	1215
2. Vertragsverhältnis	1216
3. Aufgaben	1217
a) Ermittlung des Sachverhalts	1217
b) Prüfung der Ersatzansprüche	1218
c) Durchsetzung	1218

d) Anspruchsabwehr	1219
e) Keine Befugnis zur Erhebung von Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen	1219
4. Rechte	1220
a) Ermittlungsbefugnisse: Auskunfts- und Einsichtsrecht	1220
b) Vertretungsbefugnis	1222
c) Teilnahme an Hauptversammlung	1223
d) Vergütung und Ersatz von Auslagen	1223
5. Pflichten	1226
a) Sorgfaltspflichten	1226
b) Treuepflichten	1226
c) Berichts- und Auskunftspflichten	1227
d) (Keine) Weisungsabhängigkeit	1228
e) Haftung	1228
6. Beendigung der Bestellung	1229
a) Niederlegung	1229
b) Abberufung durch die Hauptversammlung	1229
c) Abberufung durch das Gericht	1230
d) Automatische Beendigungsgründe	1231
e) Gleichzeitige Beendigung des Geschäftsbesorgungsverhältnisses ...	1231
f) Beendigung der fehlerhaften Bestellung	1232
H. Externes Monitorship	1233
I. Vorbemerkung	1234
II. US-Monitorship	1234
1. Rechtlicher Rahmen	1235
2. Vergleiche mit US-Behörden	1237
a) Strafrechtlicher Vergleich	1237
b) Zivilrechtlicher Vergleich	1239
c) Vereinbarung eines US-Monitorship im Vergleich	1239
3. Abgrenzung zum Auditor	1239
4. Auswahl des Monitors	1240
a) Anforderungsprofil	1240
b) Auswahlverfahren	1240
5. Beziehung zwischen Monitor und Unternehmen	1242
a) Ziele des Monitorship	1243
b) Befugnisse des Monitors	1243
c) Vertraulichkeit der Monitor-Berichte	1245
d) Pflichten des Unternehmens	1245
6. Möglicher Ablauf eines US-Monitorship	1247
a) Laufzeit	1247
b) Phasen	1248
c) Arbeitsweise eines Monitors	1249
7. Folgen bei Erfolg und Scheitern des Monitorship	1251
III. US-Monitorship in der deutschen Aktiengesellschaft	1252
1. Stellung des Monitors im gesellschaftsrechtlichen Gefüge der AG ...	1252
a) Verhältnis zu Vorstand und Aufsichtsrat	1253
b) Abgrenzung zum aktienrechtlichen Sonderprüfer, besonderen Vertreter sowie aufsichtsrechtlichen Sonderbeauftragten	1253
c) Rolle des Aufsichtsrats	1254
d) Haftung	1255
2. Aufbau einer Monitorship-Struktur	1255

3. Konfliktpotenzial	1256
a) Betriebliche Spannungsfelder	1256
b) Umsetzung der Monitor-Empfehlungen	1257
IV. Exkurs: Der Entwurf eines Verbandssanktionengesetzes und freiwillige Monitorships	1261

§ 5 Pflichten und Sanktionen

I. Kapitalmarktrechtliche Pflichten des Aufsichtsrats	1264
1. Sorgfalts- und Verhaltenspflichten des Aufsichtsrats	1265
a) Die kapitalmarktrechtliche Primärverantwortung des Vorstands ...	1265
b) Kapitalmarktrechtliche Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat	1267
c) Einbindung des Aufsichtsrats in insiderrelevante Sachverhalte	1267
d) Eigene Organisationspflichten im Rahmen des Kapitalmarkt-Compliance-Systems	1293
2. Persönliche Sorgfalts- und Verhaltenspflichten der Aufsichtsratsmitglieder	1294
a) Beachtung der Insiderverbote	1294
b) Verhaltenspflichten bei Managers' Transactions	1297
3. Ausblick – EU Listing Act	1302
II. Entlastungsverweigerung	1303
1. Entscheidung der Hauptversammlung über die Entlastung	1303
2. Beschlussvorschlag des Aufsichtsrats	1305
III. Abberufung	1307
IV. Haftung der Aufsichtsratsmitglieder	1307
1. Grundlagen (§ 116 AktG)	1307
a) Verweisung auf § 93 AktG	1308
b) Andere Aufgaben und Stellung („sinngemäß“)	1309
c) Vertretungskompetenz	1310
2. Pflichtverstoß	1311
a) Generelle Überwachung	1311
b) Überwachung in konkreter Situation	1312
c) Objektiver Pflichtverstoß	1313
d) Verschulden	1314
3. Schaden, Kausalität, Darlegungs- und Beweislast, Gesamtschuld, Verjährung, Verzicht und Vergleich	1314
4. Geltendmachung von Regressansprüchen gegen den Aufsichtsrat	1315
5. Andere Anspruchsgrundlagen	1315

§ 6 Vergütung und Auslagenersatz für Aufsichtsratsmitglieder sowie Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern

I. Vergütung (§ 113 AktG)	1320
1. Rechtsgrundlage des Vergütungsanspruchs, ausschließliche Zuständigkeit der Hauptversammlung (§ 113 Abs. 1 AktG)	1320
a) Zwecke der ausschließlichen Hauptversammlungszuständigkeit ...	1320
b) Kein vertragliches Anstellungsverhältnis	1321
c) Drittvergütung?	1322
d) Vergütungsentscheidung der Hauptversammlung	1324
e) Formale Vorgaben für die Vergütungsfestsetzung durch die Hauptversammlung	1325
f) KGaA; SE	1325

2. Arten der Vergütung	1326
a) Feste und variable (erfolgsorientierte) Vergütung	1326
b) Sachleistungen	1329
c) Sitzungsgeld	1329
d) D1332	
e) Sondervergütungen	1334
3. Angemessenheit der Vergütung (§ 113 Abs. 1 S. 3 AktG)	1334
a) Maßstab	1334
b) Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage	1335
c) Registergerichtliche Prüfung	1336
d) Zahlungsanspruch der Aufsichtsratsmitglieder	1337
4. Gleichbehandlung	1337
5. Regelmäßiger Beschluss über die Vergütung und das Vergütungssystem für den Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften (§ 113 Abs. 3 AktG, § 119 Abs. 1 Nr. 3 AktG)	1338
a) Einheitlicher Beschluss über die Vergütung und das Vergütungssystem	1339
b) Teilausschluss der Anfechtbarkeit	1345
c) Veröffentlichung	1346
d) Vergütungsbericht (§ 162 AktG)	1347
e) Übergangsrecht	1347
f) Börsennotierte KGaA	1347
g) Börsennotierte SE	1348
h) Unanwendbarkeit der Regelungen für Related Party Transactions	1348
i) Nicht börsennotierte Gesellschaften	1349
6. Entstehung und Fälligkeit der Vergütung	1349
7. Einreden und Einwendungen	1350
a) Untätigkeit	1350
b) Zurückbehaltungsrecht	1351
c) Verjährung	1351
8. Verfügungen über den Vergütungsanspruch – insbes. Verzicht und Abführung an Dritte	1351
9. Änderung der Vergütung	1352
a) Änderungen für die Zukunft	1352
b) Rückwirkende Erhöhung der Vergütung	1353
c) Rückwirkende Herabsetzung der Vergütung	1354
10. Vergütungsanspruch bei unterjährigem Eintritt und (vorübergehendem) Ausscheiden	1356
11. Erster Aufsichtsrat (§ 113 Abs. 2 AktG)	1356
12. Insolvenz, Abwicklung, Umwandlung, Gewinnabführungsvertrag, Beherrschungsvertrag	1357
13. Vergütung für Ehrenmitglieder und Ehrenvorsitzende	1359
14. Folgen unzulässiger Vergütung	1360
a) Haftung des empfangenden Aufsichtsratsmitglieds	1360
b) Haftung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern wegen Mitwirkung an einer unzulässigen Vergütung	1361
c) Vergütungsbeschluss der Hauptversammlung als „nachteilige Veranlassung“ im faktischen Konzern?	1362
15. Steuerrechtliche Gesichtspunkte	1363
a) Einkommensteuer	1363
b) Umsatzsteuer	1363
16. Sozialversicherungsrechtliche Gesichtspunkte	1367

II. Auslagenersatz	1368
1. Rechtsgrundlage	1368
2. Art und Angemessenheit der Auslagen	1369
a) Maßstab für die Beurteilung der Angemessenheit der Auslagen ...	1369
b) Erstattungsfähige Auslagen	1370
c) Insbesondere: Auslagenersatz im Zusammenhang mit dienstlichen Terminen	1372
d) Einsichts- und Prüfungsrechte, Antrags- und Klagebefugnisse, Passivprozesse und -verfahren, Geldauflagen, Geldbußen, Geldstrafen	1378
e) Aus- und Fortbildung, Amtseinführung („Onboarding“), Berater einzelner Aufsichtsratsmitglieder	1380
f) Einkommenseinbußen und Ertragsausfall	1382
3. Büro des Aufsichtsrats oder des Aufsichtsratsvorsitzenden, Mitarbeiter, Dienstwagen	1383
a) Grundsatz	1383
b) Private Mitnutzung?	1385
4. Nachweis der Auslagen	1386
5. Vorschuss und Freistellung	1386
6. Auslagenersatz für künftige und ehemalige Aufsichtsratsmitglieder sowie Ehrenmitglieder und Ehrenvorsitzende	1387
7. Entscheidung über die Angemessenheit der Auslagen	1388
a) Meinungsstand	1388
b) Stellungnahme	1389
c) Vorgaben für die Beurteilung der Angemessenheit	1391
8. Rechtsstreit über die Erstattung von Auslagen	1392
9. Folgen bei unzulässiger Gewährung von Auslagenersatz	1392
a) Haftung des empfangenden Aufsichtsratsmitglieds	1392
b) Haftung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern wegen Mitwirkung an einer unzulässigen Gewährung von Auslagen	1393
10. Budgetrecht des Aufsichtsrats?	1394
a) Meinungsstand	1394
b) Stellungnahme	1395
III. Geschenke an Aufsichtsratsmitglieder	1396
1. Darf die Gesellschaft Aufsichtsratsmitgliedern Geschenke zuwenden?	1396
2. Wer entscheidet über Geschenke an Aufsichtsratsmitglieder?	1397
IV. Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern	1399
1. Keine Verträge über bereits aufgrund des Aufsichtsratsmandats geschuldete Tätigkeiten	1399
a) Abgrenzung nach Art der Tätigkeit	1400
b) Insbesondere: Beratung des Vorstands	1401
c) Tagesgeschäft	1402
d) Beratung des Aufsichtsrats?	1403
e) Rechtsfolgen	1403
f) Empfehlung	1403
2. Zustimmungsvorbehalt zu Dienst- und Werkverträgen über Tätigkeiten höherer Art (§ 114 AktG)	1404
a) Reichweite des Zustimmungsvorbehalts	1404
b) Zustimmungsentscheidung des Aufsichtsrats	1410
c) Offenlegung	1414
d) Rechtsfolgen im Fall eines Verstoßes gegen § 114 AktG	1415
e) Weitere mögliche Rechtsfolgen im Zusammenhang mit Verträgen iSd § 114 AktG	1418

3. Zustimmungsvorbehalt zur Kreditgewährung an Aufsichtsratsmitglieder (§ 115 AktG)	1419
a) Inhalt und Normzweck	1419
b) Erfasste Kredite	1420
c) Einwilligungsentscheidung des Aufsichtsrats	1421
d) Offenlegung	1422
e) Rechtsfolgen bei fehlender Einwilligung	1423
f) Weitere mögliche Rechtsfolgen im Zusammenhang mit der Kreditgewährung an Aufsichtsratsmitglieder	1423
g) Kredite an Aufsichtsratsmitglieder von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten	1426
 § 7 Mitbestimmter Aufsichtsrat	
I. Einleitung	1431
1. Funktion der Unternehmensmitbestimmung	1431
2. Historie der Unternehmensmitbestimmung	1431
3. Grundsätze	1432
a) Monistisches System und dualistisches System	1432
b) Arbeitnehmerbeteiligung an der Unternehmensmitbestimmung ..	1433
c) Corporate Governance	1433
4. Mitbestimmung im Konzern	1433
II. Mitbestimmungsgesetz	1434
1. Grundlagen	1434
2. Anwendungsbereich	1435
a) Erfasste Unternehmen	1435
b) Ausnahmen	1445
3. Besonderheiten bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats	1446
a) Bildungszwang	1446
b) Größe und Zusammensetzung des Aufsichtsrats	1446
4. Besonderheiten bei der Wahl des Aufsichtsrats sowie der Beendigung des Mandats	1450
a) Anteilseignervertreter	1450
b) Arbeitnehmervertreter	1450
c) Beendigung des Mandats	1456
5. Besonderheiten bei der Aufsichtsrats Tätigkeit	1459
a) Grundsatz	1459
b) Herausgehobene Stellung des Aufsichtsratsvorsitzenden (und seines Stellvertreters), § 27 MitbestG	1460
c) Beschlussfassung im mitbestimmten Aufsichtsrat	1464
d) Bestellung und Widerruf der Bestellung der Mitglieder des geschäftsführenden Organs	1468
e) Der Arbeitsdirektor, § 33 MitbestG	1479
f) Ständiger Ausschuss	1491
g) Ausübung von Beteiligungsrechten durch den Aufsichtsrat, § 32 MitbestG	1494
6. Erstmalige Anwendung des Gesetzes (§ 37 MitbestG)	1504
a) Verhältnis zu §§ 97–99 AktG	1504
b) Satzungsanpassung (§ 37 Abs. 1 S. 2 MitbestG)	1504
c) Erstmalige Anwendung der §§ 25–29, 31–33 MitbestG (§ 37 Abs. 2 MitbestG)	1506
d) Widerruf der Bestellung des geschäftsführenden Organs (§ 37 Abs. 3 MitbestG)	1507

7. Besonderer Schutz der Mitglieder des Aufsichtsrats (§ 26 MitbestG) .	1509
a) Zweck und Struktur des § 26 MitbestG	1509
b) Behinderungsverbot	1510
c) Benachteiligungsverbot	1514
d) Begünstigungsverbot?	1516
e) Rechtsfolgen und Streitigkeiten	1517
III. Drittelbeteiligungsgesetz	1518
1. Grundlagen	1518
2. Anwendungsbereich	1518
a) Erfasste Unternehmen	1518
b) Ausnahmen	1521
3. Besonderheiten bei Zusammensetzung und Wahl des Aufsichtsrats ...	1522
a) Bildungszwang	1522
b) Zusammensetzung des Aufsichtsrats	1522
4. Besonderheiten bei der Wahl des Aufsichtsrats sowie der Beendigung des Mandats	1523
a) Anteilseignervertreter	1523
b) Arbeitnehmervertreter	1523
c) Beendigung des Mandats	1525
5. Besonderheiten bei der Aufsichtsrats Tätigkeit	1526
6. Erstmalige Anwendung des Gesetzes	1528
7. Besonderer Schutz der Mitglieder des Aufsichtsrats (§ 9 DrittelbG) ..	1528
IV. Mitbestimmung auf europäischer Ebene	1528
1. Unionsrechtliche Rahmenbedingungen der Mitbestimmung	
2. Mitbestimmung in der Societas Europaea	1529
a) Rechtliche Grundlagen	1529
b) Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichts- bzw. Verwaltungsrat?	1532
c) Arbeitsdirektor?	1533
d) Bedeutung des Statusverfahrens	1534
3. Mitbestimmung bei grenzüberschreitenden Verschmelzungen (MgVG)	1535
4. Mitbestimmung bei grenzüberschreitenden Umwandlungen bzw. Spaltungen (MgFSG)	1537
V. Vertragliche Gestaltung der Mitbestimmung (Mitbestimmungsverträge) .	1538
1. Disposition über die Mitbestimmungsregelungen	1538
2. Erweiterung der Mitbestimmung	1539
a) Vertragliche Vereinbarung eines Mitbestimmungsregimes	1540
b) Vertragliche Vereinbarung eines anderen Mitbestimmungsregimes?	1540
c) Vertragliche Vereinbarung innerhalb eines geltenden Mitbestimmungsregimes?	1541
3. Praktische Handhabung	1542
a) Wahl von Arbeitnehmervertretern auf die Bank der Anteilseigner .	1542
b) Vertragliche Umsetzung	1542
VI. Statusverfahren (§§ 97–99 AktG)	1543
1. Bedeutung des Statusverfahrens	1543
2. Anwendungsbereich des Statusverfahrens	1544
3. Außergerichtliches Statusverfahren	1546
a) Abgrenzung zum gerichtlichen Statusverfahren nach § 98 AktG ..	1546
b) Relevante Fragen der Zusammensetzung des Aufsichtsrats	1548
c) Verfahren der Bekanntmachung	1549
d) Wirkung der Bekanntmachung	1553
4. Gerichtliches Statusverfahren	1558
a) Einleitung des Gerichtsverfahrens	1558

b) Antragsberechtigung	1560
c) Verfahren	1562
d) Wirksamkeit und Rechtsfolgen der Entscheidung	1566

§ 8 Aufsichtsrat im Konzern

I. Einleitung	1570
II. Die Stellung des Aufsichtsrats im Konzern	1571
1. Der Begriff des Konzerns	1571
a) Der Unterordnungskonzern	1571
b) Der Gleichordnungskonzern	1572
c) Keine eigene Rechtsform	1572
2. Aufsichtsrat der Obergesellschaft	1573
3. Aufsichtsrat der Untergesellschaft	1573
4. Interessenausrichtung	1573
III. Personelle Verflechtungen zwischen Ober- und Untergesellschaft	1576
1. Mehrfachmandate im Konzern	1576
2. Interessenkonflikte bei Mehrfachmandaten	1579
a) Vertragliche Weisungsrechte gegenüber entsandten Aufsichtsratsmitgliedern	1580
b) Stimmverbote	1582
c) Stimmenthaltung	1583
d) Amtsniederlegung und Abberufung	1584
IV. Spezifische Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats im Konzern	1585
1. Aufsichtsrat der Obergesellschaft	1585
a) Überwachungs- und Kontrollaufgaben als Folge der erweiterten Aufgaben des Vorstands	1585
b) Weitere konzernspezifische Aufgaben des Aufsichtsrats	1597
c) (Konzernspezifische) Überwachungs- und Kontrollinstrumente ..	1606
2. Aufsichtsrat der Untergesellschaft	1617
a) Überwachungsgegenstand und Überwachungsauftrag	1617
b) (Konzernspezifische) Berichterstattung und Berichtsprüfung	1619
c) (Konzernspezifische) Überwachungs- und Kontrollinstrumente ..	1620
3. Der Aufsichtsrat im Matrixkonzern	1624
a) Grundlinien der Matrixorganisation	1624
b) Klassischer Aufbau einer Matrix und Schlüsselstellen	1625
c) Überlagerung der gesellschaftsrechtlichen Weisungs- und Berichtswege im Matrixkonzern	1626
d) Überblick über Vor- und Nachteile von Matrixstrukturen	1626
e) Auswirkungen auf die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats	1627

§ 9 Aufsichtsräte in anderen Gesellschaftsformen

I. Aufsichtsrat in der KGaA	1635
1. Vorbemerkung	1635
2. Allgemeines zum Aufsichtsrat in der KGaA	1636
a) Zusammensetzung	1636
b) Persönliche Voraussetzungen	1637
c) Wahl und Abberufung	1639
d) Innere Ordnung, Vergütung und Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern	1643
3. Rechtsstellung des Aufsichtsrats in der KGaA	1644
a) Kompetenzen des Aufsichtsrats in der KGaA	1644

b) Einschränkungen im Vergleich zum Aufsichtsrat in der AG	1651
c) Gestaltungsspielräume in der Satzung	1654
4. Haftung der Aufsichtsratsmitglieder in der KGaA	1657
a) Haftung gegenüber der Gesellschaft	1657
b) Haftung gegenüber Dritten	1658
II. Aufsichtsorgan in der Societas Europaea (SE) oder Europäische Aktiengesellschaft	1658
1. Rechtsgrundlagen und Regelungstechnik	1658
a) Rechtsgrundlagen	1658
b) Rechtsquellenpyramide	1658
2. Struktur der SE	1659
a) Grundstruktur	1659
b) Dualistisches Modell	1659
c) Monistisches Modell	1660
3. Aufsichtsorgan im dualistischen Modell	1661
a) Zusammensetzung	1661
b) Bestellung, Amtszeit und Abberufung	1663
c) Innere Ordnung	1666
d) Aufgaben	1667
e) Rechte	1668
f) Haftung des Aufsichtsorgans	1669
4. Verwaltungsrat im monistischen Modell	1670
a) Zusammensetzung	1670
b) Bestellung, Amtszeit und Abberufung	1672
c) Innere Ordnung	1673
d) Aufgaben	1674
e) Rechte	1675
f) Haftung des Verwaltungsrats	1675
III. GmbH	1677
1. Der fakultative Aufsichtsrat der GmbH	1677
a) Rechtliche Grundlagen	1677
b) Abgrenzung zu anderen Organen der Gesellschaft	1680
c) Aufgaben und Kompetenzen	1681
d) Bildung und Abschaffung	1682
e) Bestellung und Abberufung	1684
f) Rechte und Pflichten der Mitglieder	1686
g) Innere Ordnung	1688
2. Der Beirat der GmbH	1691
a) Rechtliche Grundlagen	1691
b) Abgrenzung zu fakultativem Aufsichtsrat und sonstigen Organen	1691
c) Bildung und Abschaffung – Aufgaben und Kompetenzen	1691
d) Bestellung und Abberufung	1692
e) Rechte und Pflichten der Mitglieder	1692
f) Innere Ordnung	1692
IV. Aufsichtsrat in der Genossenschaft	1692
1. Rechtsgrundlagen und Struktur	1692
a) Rechtsgrundlagen	1692
b) Struktur	1693
2. Aufsichtsrat in der Genossenschaft	1693
a) Zusammensetzung	1693
b) Rechtliche Stellung und Vergütung	1696
c) Innere Ordnung	1698

d) Aufgaben und Befugnisse	1699
e) Pflichten und Rechtsfolgen	1702
3. Zusammenarbeit mit dem Prüfungsverband	1703

§ 10 Aufsichtsorgane in beaufsichtigten Unternehmen des Finanzsektors

I. Einführung	1707
II. Erfordernis eines Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans und Zusammensetzung	1710
1. Kredit-, Finanzdienstleistungs- und Wertpapierinstitute	1710
2. Kapitalverwaltungsgesellschaften	1711
3. Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute	1712
4. Börsenträger	1712
5. Ratingagenturen	1713
6. Versicherungsunternehmen	1713
III. Besondere Inkompatibilitäten	1713
1. Mitglieder des Verwaltungsorgans, Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte	1714
a) Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzholdinggesellschaften	1714
b) Kapitalverwaltungsgesellschaften	1714
c) Versicherungsunternehmen	1714
d) Treuhänder in Versicherungsunternehmen	1714
e) Abwickler	1715
2. Frühere Mitgliedschaft in der Geschäftsleitung	1715
a) Kreditinstitute	1715
b) Versicherungsunternehmen	1716
3. Überkreuzverflechtungen	1716
4. Gesetzliche Vertreter eines abhängigen Unternehmens in Aufsichtsräten kleinerer Versicherungsvereine	1716
5. Höchstzahl an Mandaten	1717
a) Kreditinstitute von erheblicher Bedeutung (§ 25d Abs. 3 KWG) ..	1717
b) Institute, die keine bedeutenden CRR-Kreditinstitute sind, und Finanzholdinggesellschaften (§ 25d Abs. 3a S. 1 KWG)	1720
c) Kapitalverwaltungsgesellschaften	1721
d) CASP und ART-Issuer	1721
e) Versicherungsunternehmen	1721
IV. Fachliche Qualifikation	1723
1. Relevante Rechtsquellen	1723
a) Regelungen im KWG	1723
b) Regelungen im KAGB	1724
c) Regelungen im WpIG	1724
d) Regelungen im ZAG	1725
e) Regelungen in der MiCAR	1725
f) Regelungen im VAG	1725
g) Regelungen im AktG für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen von öffentlichem Interesse	1727
2. Nachweis der fachlichen Qualifikation	1729
a) Lebenslauf	1729
b) Fort- und Weiterbildung sowie Fortbildungsnachweis	1729
c) Vermutete fachliche Eignung für Arbeitnehmervertreter	1730
d) Erleichterte Nachweiserfordernisse bei „geborenen“ Mitgliedern ..	1731

V. Zuverlässigkeit	1731
1. Normative Grundlagen	1731
a) Kredit-, Finanzdienstleistungs-, Wertpapier- und Zahlungsinstitute	1731
b) Kapitalverwaltungsgesellschaften	1731
c) CASP und ART-Issuer	1732
d) Versicherungsunternehmen	1732
2. Parallelität zu den Anforderungen an Geschäftsleiter	1732
3. Kriterien für die Beurteilung der Zuverlässigkeit	1732
a) Kredit-, Finanzdienstleistungs-, Wertpapier- und Zahlungsinstitute sowie Kapitalverwaltungsgesellschaften, CASP und ART-Issuer ...	1732
b) Versicherungsunternehmen	1733
c) Interessenkonflikte	1734
d) Zeitliche Verfügbarkeit	1735
4. Spannungsverhältnis zwischen personenbezogenen Anforderungen ..	1736
5. Nachweis der persönlichen Zuverlässigkeit	1737
a) Persönliche Erklärung mit Angaben zur Zuverlässigkeit	1737
b) Führungszeugnisse	1738
c) Auszug aus dem Gewerbezentralregister	1738
VI. Anzeigepflichten	1739
1. Allgemeines	1739
2. Anzeigepflichten nach dem KWG	1739
3. Anzeigepflichten nach dem KAGB	1739
4. Anzeigepflichten nach dem WpIG	1740
5. Anzeigepflichten nach dem ZAG	1740
6. Anzeigepflichten nach der MiCAR	1740
7. Anzeigepflichten nach dem VAG	1740
VII. Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsorgans	1741
1. Kredit-, Finanzdienstleistungs- und Wertpapierinstitute, KVGs, CASP und ART-Issuer	1741
2. Versicherungsunternehmen	1742
VIII. Innere Organisation des Aufsichtsorgans	1743
1. Vorschriften des KWG	1743
a) Allgemeines	1743
b) Risikoausschuss	1744
c) Prüfungsausschuss	1744
d) Nominierungsausschuss	1745
e) Vergütungskontrollausschuss	1745
2. Vorschriften des WpIG	1746
3. Versicherungsaufsichtsrecht	1746
IX. Aufgaben des Aufsichtsorgans	1747
1. Kreditinstitute	1747
a) Überwachung eines gruppenangehörigen Finanzhandelsinstituts ..	1747
b) Zustimmung zu Organkrediten (§ 15 KWG mit besonderer Haftungsgrundlage nach § 17 KWG)	1747
c) Erhöhung der Bonusgrenze	1748
2. Versicherungsunternehmen	1748
a) Vorstandsbestellung beim kleineren Versicherungsverein	1748
b) Abberufung eines Vorstandsmitglieds beim kleineren Versicherungsverein	1749
c) Verhältnis zum Verantwortlichen Aktuar	1749
d) Verhältnis zur Hauptversammlung und zur obersten Vertretung ...	1750
e) Verhältnis zum Sicherungsvermögenstreuhand	1750
f) Verhältnis zu obligatorischen Governance-Funktionen	1750

X. Laufende Überwachung der Aufsichtsorgane durch die Aufsichtsbehörden und Befugnisse der Aufsichtsbehörden	1751
1. Vorschriften des KWG	1751
a) Informationsrechte	1751
b) Abberufungsverlangen	1751
c) Bestellung eines Sonderbeauftragten	1751
2. Entsprechende Regelungen im KAGB, WpIG, ZAG und KMAG ...	1752
3. Vorschriften der VAG	1753
a) Informelles Verwaltungshandeln	1753
b) Handlungsformen förmlicher aufsichtsbehördlicher Maßnahmen ..	1754

§ 11 Datenschutz

I. Überblick	1756
1. Funktion des Datenschutzes	1756
2. Rechtsquellen	1756
3. Schutzgegenstand und Anwendungsbereich	1757
4. Grundprinzipien	1758
5. (Gemeinsam) Verantwortliche und Auftragsverarbeiter	1759
6. Datenaustausch und Datentransfers in Drittstaaten	1760
7. Sanktionen	1761
a) Schadensersatz	1761
b) Bußgelder	1762
II. Datenschutzrechtliche Stellung des Aufsichtsrats in der Gesellschaft	1763
1. Das Verhältnis des Aufsichtsrats zum betrieblichen Datenschutzbeauftragten	1763
2. Folgen von Datenschutzverstößen des Aufsichtsrats und seiner Mitglieder	1764
a) Datenschutzverstöße im Rahmen der Tätigkeit für die Gesellschaft	1764
b) Datenverarbeitung für gesellschaftsfremde Zwecke	1765
III. Datenschutzrechtliche Vorgaben für die Arbeit des Aufsichtsrats	1766
1. Organisatorische Pflichten	1766
a) Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	1766
b) Technische und organisatorische Maßnahmen	1767
c) Gewährleistung von Betroffenenrechten	1767
2. Datenschutzvorgaben für die Personalarbeit des Aufsichtsrats	1769
a) Rechtsgrundlagen	1769
b) Einbindung einer gesellschaftsexternen Personalabteilung	1770
IV. Überwachung der Datenschutzcompliance	1770
1. Anforderungen an die Datenschutzorganisation	1771
a) „Accountability“ und Pflicht zur Implementierung eines Datenschutzmanagementsystems	1771
b) Bestandteile eines Datenschutzmanagementsystems	1771
2. Folgen für die Tätigkeit des Aufsichtsrats	1772

§ 12 Künstliche Intelligenz im Aufsichtsrat

I. Vorbemerkung	1776
II. Gegenwärtige Bedeutung von KI im Aufsichtsrat	1776
III. Künstliche Intelligenz	1777
1. Definition künstlicher Intelligenz	1777
2. Maschinelles Lernen	1778
3. Generative KI	1778

4. Strukturelle Schwachstellen von KI	1778
a) Trainingsdatenabhängigkeit	1779
b) „Black-Box“-Risiko und halluzinierende KI	1779
c) Diskriminierungsrisiken	1780
IV. Rechtliche Grundlagen für die Nutzung von KI in der Aktiengesellschaft	1780
1. Gesellschaftsrecht	1780
2. Datenschutz	1780
3. KI-VO	1781
4. IT-Sicherheit (NIS-2-Richtlinie)	1781
V. Änderungen des Anforderungsprofils von Aufsichtsratsmitgliedern	1782
1. KI-Systeme als Aufsichtsratsmitglied	1782
2. Kein gesetzliches Erfordernis eines KI-Experten	1783
3. Kompetenzanforderungen	1783
VI. Die Rolle von KI-Systemen im Rahmen der Aufsichtsratsarbeit	1784
1. Beratung des Vorstands beim Einsatz von KI-Systemen	1784
2. Überwachung des Einsatzes von KI-Systemen durch den Vorstand ..	1785
a) Entscheidung über den Einsatz von KI-Systemen durch den Vorstand	1785
b) Delegation von Entscheidungen auf KI-Systeme	1786
c) Vorbereitung von Entscheidungen – Informationsbeschaffung	1788
d) Keine Pflicht zum KI-Einsatz	1791
e) Überwachung durch den Aufsichtsrat	1792
3. Der Einsatz von KI-Systemen in der Aufsichtsratsarbeit	1794
a) Zulässigkeit und rechtliche Grenzen des Einsatzes von KI-Systemen im Aufsichtsrat	1794
b) Einsatz von KI-Systemen zur präventiven Überwachung/Beratung des Vorstands	1794
c) Einsatz von KI-Systemen zur Überwachung des Vorstands	1795
d) Einsatz von KI-Systemen bei Personalentscheidungen/ Vorstandsvergütung	1795
e) Einsatz von KI-Systemen bei weiteren Aufgaben des Aufsichtsrats ..	1795
f) KI-Einsatz und Selbstbeurteilung nach DCGK D.12	1796
g) Sorgfaltspflichten des Aufsichtsrats bei der Nutzung von KI- Systemen	1796
VII. KI-Einsatz und Vertraulichkeit im Aufsichtsrat	1797
VIII. Haftung	1798
1. Gesellschaftsrecht	1798
a) Haftung bei Einsatz von KI im Aufsichtsrat	1798
b) Haftung bei Überwachung des Einsatzes von KI-Systemen durch den Vorstand	1798
2. Arbeitsrecht/AGG	1798
3. Datenschutzrecht	1799

§ 13 Aufsichtsräte in Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand

I. Einführung und Abgrenzung	1802
II. Gesellschaftsrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Rahmen	1804
1. Gesellschaftsrechtliche Vorschriften	1804
2. Öffentlich-rechtliche Vorschriften	1804
III. Der grundlegende Konflikt zwischen öffentlichem Recht und Gesellschaftsrecht	1806
1. Zielkonflikte und Ingerenzpflichten	1806

2. Grundlagenstreit – Lehre vom Verwaltungsgesellschaftsrecht oder Vorrang des Gesellschaftsrecht	1809
3. Bedeutung des Grundlagenstreits für Einzelfragen	1809
4. Das BVerfG-Urteil vom 7.11.2017 („Deutsche Bahn“)	1810
5. Folgen für die vorliegende Betrachtung	1812
IV. Bestellung und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder	1812
1. Die Bestellung	1812
a) Gesellschaftsrechtlicher Rahmen der Bestellung	1813
b) Organisatorisch-personelle Sicherung des angemessenen Einflusses (Ingerenzpflicht)	1814
c) Sonstige öffentlich-rechtliche Vorgaben zur Auswahl der Personen	1815
2. Die Abberufung	1819
a) Gesellschaftsrechtlicher Rahmen der Abberufung	1819
b) Organisatorisch-personelle Sicherung des angemessenen Einflusses (Ingerenzpflicht)	1821
c) Spannungsverhältnis zwischen Weisungsfreiheit und Abberufungsrecht	1821
d) Keine Umgehung der kommunalrechtlichen Vorschriften der Verhältniswahl	1825
e) Unabhängigkeit von öffentlich-rechtlichem Amt und Amt als Aufsichtsratsmitglied	1826
f) Gerichtliche Abberufung Öffentlich Besteller Aufsichtsratsmitglieder	1826
V. Interessenkonflikte bei der Amtsausübung und Weisungsrecht	1826
1. Öffentlich-rechtliche Vorgaben, insbesondere der Gemeindeordnungen	1827
2. Interessenkonflikte	1827
3. Weisungskonflikte	1828
a) Weisungsfreiheit in der Aktiengesellschaft	1828
b) Weisungsfreiheit in der GmbH mit obligatorischem oder fakultativem Aufsichtsrat	1829
4. Rechtsschutz gegen rechtswidrige Weisungen	1830
a) Beamtenverhältnis	1831
b) Öffentlich-Rechtlicher Auftrag bzw. Geschäftsbesorgungsvertrag ..	1832
VI. Informationsrechte und Verschwiegenheit	1832
1. Vereinbarkeit mit Europarecht	1833
2. Voraussetzungen für die Lockerung	1833
3. Form und Umfang der Berichterstattung	1834
4. Berichtsempfänger	1835
a) Pflichten des Berichtsempfängers	1835
b) Auswahl des Berichtsempfängers	1836
5. Anwendbarkeit auf die GmbH	1841
6. Direkte Informationspflichten der Gesellschaften	1842
VII. Haftungsfragen	1842
VIII. Fazit und Handlungsempfehlungen	1843
Entscheidungsregister	1845
Sachverzeichnis	1919